

Hilfe nur für Hilfebedürftige

Nur ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe wurde Opfer der Dürre

KSTA-WIRTSCHAFT@DUMONT.DE

Wer in diesem Sommer durch ost- und norddeutsche Agrarlandschaften fährt, für den ist die dramatische Lage auf den Äckern und Wiesen unübersehbar. Mais, der allenfalls kniehoch gewachsen und dann verdorrt ist. Knochentrockene Wiesen, die den Charakter einer Savanne angenommen haben. Staub wirbelt auf.

Doch das ist nicht überall so. Süddeutsche Ackerbauern äußerten sich in den vergangenen Wochen durchaus zufrieden mit der Getreideernte. Lediglich das mögliche Potenzial sei nicht ausgeschöpft worden. Allein diese unterschiedliche Einschätzung der Branche selbst macht klar: Die Lage der Bauern lässt sich nicht über einen Kamm scheren, es gibt extreme regionale Unterschiede. Je nachdem, ob der Bauer auf sandi-

Das wirkliche Desaster erleben die Kuh-, Rinder-, Schaf- und Ziegenhalter, weil sie ihre Tiere jetzt auf eine Wüstenei treiben oder ihnen das Futter fehlt

gen Böden ackert oder auf einem Untergrund, der die Winterfeuchte lange speichern kann.

Genauso differenziert gilt es nun, die Rufe nach Hilfe zu sortieren. Ein Weizenbauer, der sich mit Blick auf den Weltmarkt beim Abschluss seines Kontrakts mit der Mühle verlockt hat und nun den Brotweizen nicht für 200 Euro je Tonne, sondern für 150 Euro liefern muss, kann keine Hilfe vom Staat erwarten. Die Ernte der Ackerbauern ist dürrig – aber für die meisten Betriebe keineswegs katastrophal, zumal Gerste, Weizen oder Roggen schon vor vielen Wochen geerntet wurden, als die Dürre gerade erst begann.

Das wirkliche Desaster erleben die Kuh-, Rinder-, Schaf- und Ziegenhalter, weil sie ihre Tiere jetzt, wenn es ihr Betriebskonzept überhaupt vorsieht, auf eine Wüstenei treiben oder ihnen das Futter fehlt. Es wächst nichts mehr nach. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) streute den Bauern allerdings Sand in die Augen,



VON STEPHAN
BÖRNECKE

als sie den Anbau von Zwischenfrüchten auf ökologischen Vorrangflächen für Futterzwecke freigab: Diese Saat keimt mangels Feuchtigkeit gar nicht. Einen ökonomischen Schaden verbuchen natürlich auch all jene, die monokulturellen Mais anbauen, und zwar nicht für Lebensmittel oder Tiermäuler, sondern zum Füttern der mitunter energetisch zweifelhaften Biogasanlagen. Hier verbietet sich eine wie auch immer geartete Hilfe.

Es wird, auch das macht dieser Jahrhundertssommer klar, schnell gemeckert. Dann verlangt der Bauernverband mal eben eine Milliardenhilfe und ruft nach Zuschüssen für Dürreversicherungen, statt zu fragen, wie man sich als Landwirt besser gegen Katastrophen dieser Art wappnen kann. Vielleicht ist der Zuschuss zur Investition in Lagerhaltung von Silage oder Getreide sinnvoller ausgegeben, als immer wieder über Liquiditätshilfen und ähnliche Instrumente aus dem Portemonnaie des Steuerzahlers zu streiten.

Es darf auch nicht sein, dass der Staat Geld für eine Landwirtschaft verpulvert, die massiv zum Klimawandel beiträgt. Warum soll man beispielsweise Betriebe fördern, in denen Milchvieh mit Übersee-Soja statt mit Gras von Wiesen und Weiden gefüttert wird? Dieser Unfug gehört abgeschafft – auch weil diese Art der Fütterung äußerst klimawirksam ist.

Die Landwirtschaft selbst muss sich stärker im Klimaschutz engagieren. Sie muss ihren Anbau diversifizieren, sie muss auf einseitige Kulturen und Mastfabriken verzichten, sie muss ökologischer werden. Instabile Hochleistungssysteme gehören beseitigt. Das schützt nicht nur die Landwirtschaft vor den Unbilden der Natur, sondern hilft uns allen.

Im Zuge der anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik werden diese Aspekte stärker als bisher debattiert. Aber es darf sich nicht wiederholen, dass wie so oft eine auf kurzfristige Gewinnmaximierung erpichte Agrar-industrielle Lobby die Regeln diktiert. Subventionen, das ist die Lehre dieses Sommers, müssen künftig an eine klima- und naturfreundliche Landwirtschaft gebunden werden.